

Endspurt und Auftakt 2016 bis 2017

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Thomas Nord für Frankfurt (Oder) und Landkreis Oder-Spree

DIE LINKE wird kämpfen!

Die Legislaturperiode geht in das letzte Jahr vor der Wahl zum 19. Bundestag. DIE LINKE im Bundestag hat im vergangenen Jahr kontinuierlich an ihren Themen gearbeitet, die Regierung hart kritisiert und ihr politisches Handeln beeinflusst. Unser Kampf für soziale Gerechtigkeit bleibt notwendig. Denn die Bundesregierung hat im Wesentlichen eine Ankündigungs- und Schaufensterpolitik durchgeführt und keine wirklichen Verbesserungen beschlossen.

Den großen Unternehmen in der Republik geht es ausgezeichnet. Die Bundesregierung hat eine Zunahme um 60,2 % bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 2000 bis 2014 verkündet. Die Abschaffung der Armut nicht. Nach einem zehnjährigen Druck hat DIE LINKE es geschafft, dass ein Mindestlohn eingeführt wurde. Das zeigt einerseits: Der Kampf hat sich gelohnt. Andererseits: Die 8,50 Euro reichen nicht zu einer bettelfesten Rente, wenn man 45 Jahre ununterbrochen gearbeitet hat. Wir kämpfen für eine Erhöhung auf 12 Euro pro Stunde.

Die Bundesregierung will trotz der guten wirtschaftlichen Situation die Bedingungen für Leiharbeit weiter verschlechtern. Das ist eine Zumutung. Und wenn es wieder zehn Jahre dauert, DIE LINKE kämpft für gute Arbeit und guten Lohn.

Die Kita- und Schulverpflegung in Deutschland ist mangelhaft. Betroffen sind zwei Millionen Kita-Kinder und über vier Millionen Schülerinnen und Schüler. Schlechtes Essen verbürgt schlechte Lernerfolge, Kinder aus armen Familien haben in Deutschland immer weniger Chancen zu einem guten Bildungsaufstieg. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten reproduzieren sich aus sich selbst heraus. Was ist das für ein Land, das seine Kinder absichtlich in der Dummheit belässt?

Hartz-IV-Beziehende werden gezwungen,



ab 63 in vorgezogene Rente zu gehen, dadurch wird ihnen die Rente massiv gekürzt. Nun will die Bundesregierung älteren Arbeitslosen die Leistungen streichen, wenn sie nicht von sich aus in die Rentenarmut gehen. Was ist das für eine unerträgliche Entwürdigung? Wir fordern eine Mindestrente von 1.050 Euro, die sich an einem Mindestlohn von 12 Euro orientiert und mit diesem steigt. DIE LINKE fordert die Abschaffung der Sanktionen. Eine Anhebung des gesetzlichen Rentenniveaus von 43% auf 53% und die Abschaffung der Dämpfungsfaktoren.

DIE LINKE im Bundestag hat sich in der zu Ende gehenden Wahlperiode mit den Möglichkeiten der parlamentarischen Opposition gegen diese Politik gestemmt. DIE LINKE hat zusammen mit außerparlamentarischen Gruppen bei Demonstrationen gegen TTIP und CETA, gegen Massentierhaltung und Agrarindustrie, für den Erhalt der Energiewende und gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft gezeitigt: DIE LINKE kämpft in den Parlamenten und auf der Straße für eine soziale und ökologische Politik!

Die Kriege und Krisen in der Nachbarschaft der Europäischen Union haben Migration zur Folge. Der Kampf gegen den internationalen Terror steht im Vordergrund der Berichterstattung. Doch es wird kaum über die Zerstörung durch die

Großmächte berichtet, die lokalen oder regionalen Konflikten ihre imperialen Muskelspiele aufpfropfen. Gerade im Nahen Osten gibt es kaum eine Perspektive auf ein Kriegsende. Wer wollte unter den Bedingungen alltäglicher Zerstörung und permanenter Bedrohung von Gesundheit und Existenz leben? Es ist nicht nachvollziehbar, dass Menschen dem Krieg gegenüber gleichgültig sind und sich zugleich über Flüchtlinge aufregen, die in einem Land voller Wohlstand Schutz suchen.

Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenlieferant, Saudi-Arabien, Ägypten, Katar, Algerien z.B. gehören zu den großen Abnehmern. Die Bundesregierung genehmigt Waffenexporte in Regionen, in denen Kriege systematisch eskaliert werden. DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp aller Waffenexporte, besonders in den Nahen Osten.

Die Gesellschaft ist stark polarisiert. Auf der einen Seite geht es der Wirtschaft in Deutschland gut. Auf der anderen Seite ist die soziale Frage brennender denn je. Billionenbeträge werden für die Rettung von Banken und Großkonzernen ausgegeben. Für die notwendigen Dinge des Alltags der Vielen ist kaum Geld da. Nicht mit uns.

Viel steht auf der Kippe. In Deutschland. In der Europäischen Union. In der Welt. Wie die Wahlentscheidungen der nächsten 12 Monate ausfallen, welchen Weg die Mehrheit in Deutschland geht, das wissen wir nicht. Das heißt auch: Noch ist nichts entschieden. Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, braucht erst gar nicht antreten. DIE LINKE wird kämpfen.

Ob Deutschland im Jahr 2017 ein soziales, ein ziviles und ein aufgeklärtes Gesicht behält, liegt an unserer Stärke und unseren Wahlerfolgen. DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und für Menschlichkeit. In Frankfurt (Oder). Im Landkreis Oder-Spree. In Brandenburg. In Deutschland. In Europa.

Thomas Nord

Aus den Ausschüssen



Zu meinen parlamentarischen Tätigkeiten gehören die Mitgliedschaft im Ausschuss für **Wirtschaft und Energie** und im darin angesiedelten Unterausschuss für **Regionale Wirtschaftspolitik** und ich bin stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. In den Ausschüssen wird die Fachdebatte unter Einbeziehung von mitberatenden Ausschüssen geführt, dort entwickeln die Mitglieder die politischen Standpunkte für die Fraktionen und legen die Abstimmungsempfehlungen für das Parlament fest.

Die geplanten Freihandelsabkommen **CETA** und **TTIP** zwischen der Europäischen Union und Kanada bzw. den USA werden von der Mehrheit abgelehnt. Am 10. Oktober 2015 demonstrierten 250.000 Menschen in Berlin und am 23. April 2016 in Hannover 90.000 dagegen. Im Zentrum der Kritik steht die Sorge, dass hinter dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen getroffen werden, die in deren Leben eingreifen, zuvor aber niemals mit ihnen besprochen wurden.

Die EU-Kommission hat dem Rat der EU vorgeschlagen, neben der Unterzeichnung von CETA auch dessen vorläufige Anwendung zu beschließen. Mit einer vorläufigen Anwendung von CETA treten durch Beschluss des Rates der EU bereits vor der Ratifizierung durch die EU-Mitgliedstaaten die Teile in Kraft, die in die alleinige EU-Zuständigkeit fallen. Dabei ist nicht geklärt, ob CETA ein gemischtes Abkommen ist, das der Zustimmung im Bundestag bedarf, bevor es rechtskräftig wird. DIE LINKE hat ihre Forderung nach **Abstimmung im Bundestag** bekräftigt. Trotzdem hat die Bundesregierung ihre

Bereitschaft zur vorläufigen Anwendung signalisiert. Sie hintergeht damit ihre eigene Position, nach der alle Mitgliedsstaaten eine parlamentarische Beschlussfassung treffen müssen und setzt sich der Kritik aus, die demokratische Kontrolle zu umgehen. DIE LINKE klagt beim Bundesverfassungsgericht gegen CETA. Sie steht gegen Geheimniskrämerie, Demokratieabbau und die Macht der großen Konzerne.

DIE LINKE kämpft gegen die Kürzung der **Regionalisierungsmittel** des Bundes, die u. a. zur Finanzierung des ÖPNV dienen und zu Streckenstilllegungen bei der Bahn führen. Sie fordert von der Bundesregierung sicher zu stellen, dass zwischen allen Ländern der gleiche Aufteilungsschlüssel angewendet wird. 25 Jahre nach der deutschen Einheit muss Schluss sein mit der systematischen Ungleichbehandlung der ostdeutschen Länder. DIE LINKE fordert eine jährliche **Aufstockung** von 1,25%.

Das Jahr 2016 ist ein Jahr wichtiger Klima- und energiepolitischer Richtungsentscheidungen. Nach dem **Pariser Klimaschutzabkommen** vom Dezember 2015 müssen auch in Deutschland die Weichen für mehr Klimaschutz gestellt werden. Die Braunkohle ist der umweltschädlichste fossile Energieträger. DIE LINKE im Bundestag hat im Ausschuss einen mittelfristigen Ausstieg aus dem Abbau in Tagebauen und deren Verstromung gefordert. Spätestens im Jahr 2035 soll der letzte Kohlekraftwerksblock in Deutschland stillgelegt werden. Auch in der Lausitz muss dieser Weg fortgesetzt werden. Der weitere Aufschluss von Braunkohletagebauen wird von uns abgelehnt.

Mit der Einstellung des Abbaubetriebs werden die Folgekosten sichtbar. Besonders Verockerung und Sulfatbelastung der Gewässer sind ungelöste Probleme, die einmal mehr zeigen, dass die langfristigen wirtschaftlichen Kosten der Umweltschäden höher sind als der kurzfristige Energienutzen. DIE LINKE fordert mit dem Antrag „Kohleausstieg einleiten – Strukturwandel sozial absichern“ von der Bundesregierung ein **Kohleausstiegsgesetz**. Die Rückstellungen der bisherigen Betreiber zur Renaturierung sollen in einen staatlich beaufsichtigten Fond überführt werden, damit sie auch tatsächlich zu diesem Zweck zur Verfügung stehen.

Die Mittelkürzung für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft lehnen wir ab.

Die „geleakten“ Informationen aus den **Panama Papers** bestätigen: Die Finanzbranche benutzt seit Jahren künstliche juristische Personen wie Briefkastenfirmen oder Stiftungen in sogenannten Steueroasen. Damit verbergen die Vermögenden ihr Geld vor der Steuerpflicht. Dieses Verfahren der Verschleierung ist auch von Politikern, Kriminellen und Terroristen weltweit genutzt worden. Die dafür nötigen „Finanzdienstleistungen“ wurden auch von deutschen Banken angeboten.

Nach den Enthüllungen durch „Offshore Leaks“, „Lux Leaks“ und „Swiss Leaks“ verdeutlichen die Panama Papers einmal mehr die dringende Notwendigkeit wirksamer nationaler wie internationaler Maßnahmen gegen Steuervermeidung, Steuerbetrug und Steuerdumping. DIE LINKE hat sich im Ausschuss für den Aufbau einer Bundesfinanzpolizei zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ausgesprochen. Sie fordert die Besteuerung von im Ausland erzielten Kapitalerträge auf der Höhe der hier bestehenden Steuersätze. Banken, die **Steuerhinterziehung** betreiben oder begünstigen, soll die Lizenz entzogen werden können.

Die deutsche und europäische **Stahlindustrie** sehen sich durch die „Dumping-Konkurrenz“ aus China unter Druck. Die Stahlindustrie hat eine überragende Bedeutung für die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie, den Zulieferbetrieben sowie in der Wirtschaft insgesamt. Für die Situation des Stahlsektors ist die weltweite Konjunktur, aber auch die Politik der Bundesregierung mitverantwortlich.

Die „schwarze Null“ der Bundesregierung hat milliardenschwere Investitionsrückstände in der deutschen Infrastruktur zur Folge und schwächt die Konjunktur. Höhere staatliche Investitionen würden die Nachfrage nach Stahl und die Auslastung in der deutschen Stahlindustrie positiv beeinflussen. DIE LINKE hat sich im Ausschuss für angemessene Qualitätsstandards bei der öffentlichen Auftragsvergabe und eine deutlich stärkere Investition in den Ausbau und Erhalt der öffentlichen Infrastruktur eingesetzt. Damit kann der **Verfall der Infrastruktur** gestoppt und die Nachfrage nach Stahl erhöht werden.

Aus den Parlamentariergruppen

Parlamentariergruppen sind Freundschaftsgruppen der Parlamente. In ihnen ist im Vergleich zu den Regierungstreffen ein eher informeller politischer Austausch möglich. Seit 2013 bin ich Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe. Durch den Vorsitz in der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe bin ich Mitglied im Deutsch-Polnischen Stiftungsrat geworden. Polen, Frankreich und Deutschland bilden im Rahmen der Europäischen Union das sogenannte Weimarer Dreieck. Es wurde in dieser Form das erste Mal 1991 in Weimar durchgeführt, daher sein Name. Dem Treffen stand auf Seiten Frankreichs, aber auch Deutschlands, die Überlegung zu Grunde, Polen auf Grund der nach dem Ende des Kalten Kriegs veränderten politischen Lage mit in die weitere Gestaltung Europas einzubinden. Aus dem Deutsch-Französischen sollte ein Deutsch-Französisch-Polnischer Motor werden.

Seit der demokratischen Wahl der PiS-Regierung im Oktober 2015 orientiert sich deren Haltung eher an der nationalreaktionären Politik von Viktor Orban in Ungarn. Das heißt, das Weimarer Dreieck ist aus Sicht der Regierung weniger wichtig als die Visegrad-Gruppe (Tschechien, Ungarn, Slowakei, Polen). In der Innenpolitik wird eine autoritäre IV. Republik angestrebt. Das Verfahren der EU-Kommission gegen die polnische Regierung über die Einhaltung der Regeln der Rechtsstaatlichkeit resultiert aus dieser Situation. Das belastet die Zusammenarbeit stark. Gerade aus diesem Grunde heraus sind die Verständigungen zwischen den Parla-

mentariergruppen umso wichtiger, denn mit ihnen bleiben kontinuierlicher und informeller Austausch möglich. Im Vordergrund stehen die Bemühungen, die unterschiedlichen Sichtweisen zu vermitteln. Aufgabe der parlamentarischen Freundschaftsgruppen ist es, gemeinsames in den Vordergrund zu stellen und nicht das Trennende.

In diesem Jahr feiern wir das 25. Jubiläum des Deutsch-Polnischen Nachbarschafts- und Grenzvertrages, mit denen die damalige Bundesregierung die Oder-Neiße-Grenze als Bedingung für die deutsch-deutsche Vereinigung verbindlich anerkennen musste. Wenn man die Parlamentsdebatte von 1991 noch einmal liest, hat sich die damalige Regierung aus CDU/CSU und FDP erheblich schwer mit dieser Anerkennung getan, die seitens der damaligen DDR-Regierung im Vertrag von Zgorzelec bereits 1950 erfolgt war. Es ist schwer verständlich, warum die CSU auch heute noch am revanchistischen Ballast der Vergangenheit festhält. Deutschland ist im September 1939 mit der Wehrmacht in Polen einmarschiert und hat es bis 1945 besetzt. Das bayrische Nagen an dieser Feststellung ist



Mit Axel Schäfer (stellv. SPD-Fraktionschef) und Rita Süßmuth beim Empfang des polnischen Parlamentspräsidenten

derzeit in zu vielen Ländern der EU Zuspuch finden.

Die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten haben auf Grund ihrer unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungen und ihrer kulturellen Unterschiede auch politisch unterschiedliche Arbeitsweisen. Um diese kennenzulernen und ein besseres Verständnis zu ermöglichen, führen die Parlamente Hospitationen durch. Im Jahr 2012 war ich eine Woche Gast bei André Chassaigne, dem Vorsitzenden unserer Schwesterfraktion in der Assemblée Nationale und habe viel über die Arbeitsweisen und die politische Organisation Frankreichs gelernt. Im April 2016 war André zum Gegenbesuch im Bundestag und hat mich eine Sitzungswoche lang begleitet. In der Fraktionssitzung hat er einen bewegenden Vortrag über die politische Lage in Frankreich und die Perspektive der französischen Linken für die Präsidentschafts- und Nationalwahlen im Frühsommer 2017 gehalten. Wir stehen zur deutsch-französischen Freundschaft und sind solidarisch im Kampf mit der Französischen Linken gegen den Front National.

Im Juni fand ein trilaterales Treffen der Präsidien der Assemblée Nationale, des Sejm und des Bundestages statt. Hier standen insbesondere zwei Punkte auf der Tagesordnung. Die Herausforderungen an die Europäische Union durch die aktuelle Lage in der Flüchtlings- und Migrantenpolitik. Die Herausforderungen der Europäischen Union. Die Folgen des Brexit-Referendums für die Zukunft der Europäischen Union.



Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden mit André Chassaigne im Bundestag

politisch verantwortungslos und gehört nicht in eine Bundesregierung. Es unterminiert den Status der Deutsch-Polnischen Beziehungen, trägt zur Verschlechterung des politischen Klimas in schwierigen Zeiten bei und bestärkt die nationalistischen Tendenzen, die

Im Wahlkreis unterwegs

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Leiharbeit stoppen



Blumen zum internationalen Frauentag

Zusammen mit dem Frankfurter Kreisverband habe ich am internationalen Frauentag 650 Rosen im Stadtgebiet verteilt. Mit dieser Aktion machen wir auf unsere Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ aufmerksam und übermittelten die besten Wünsche zum Internationalen Frauentag 2016. Es lohnt sich, für Gleichberechtigung einzutreten. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hat für mich ab dem ersten Arbeitstag oberste Priorität, denn Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind keine Beschäftigten zweiter Klasse. Die vergangenen Bundesregierungen haben Missstände in der Leiharbeit gefördert. Ich setze mich dafür ein, dass Leiharbeit in der langfristigen Perspektive verboten wird. DIE LINKE fordert, Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen nach drei Monaten eine feste Perspektive zu geben. Betriebsräte müssen über den Einsatz von Leiharbeit mitbestimmen können und ein Widerspruchsrecht haben, wenn feste Arbeitsplätze ersetzt werden sollen. Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.

Schulbesuche – Politikverdrossenheit entgegentreten



Besuch im Frankfurter Gaus-Gymnasium

Während Fahrten von Schulklassen in den Bundestag bereits häufiger stattfanden, war ein Besuch von Politikern in

Schulen bis vor kurzem doch die Ausnahme. Im zurückliegenden Jahr führte ich mit meinen Wahlkreiskollegen aus dem Bundestag den Besuch von Schulklassen in Frankfurt (Oder) fort. Wir besuchten im Laufe des Jahres das Gauß-Gymnasium, das Oberstufenzentrum Konrad Wachsmann, die Huttenschule und das Katholische Gymnasium Bernhardinum.

Im Oberstufenzentrum informierten wir uns im Frühjahr 2016 über die Willkommeneklassen für Geflüchtete, am Gauß-Gymnasium gab es zum dritten Mal ein Gespräch mit Schüler*innen der mittlerweile elften Klasse. An der Huttenschule besuchten wir eine Klasse, die schon im Bundestag zu Besuch war. In den Debatten mit den Schülerinnen und Schülern dreht es sich meist um tagespolitische Themen wie Asyl- und Flüchtlingspolitik und die Situation im Nachbarland Polen. Themen wie CETA, TTIP und die möglichen Auswirkungen auf Frankfurt wurden erörtert. Auch in diesem Jahr haben wir einige Klassen im Bundestag begrüßt und Einblick in die Arbeit des Parlaments gegeben.

Armut ist ein großes Problem



Spendenübergabe bei der Frankfurter Tafel u.a. mit der Kreisvorsitzenden Sandra Seifert und MdL René Wilke

Frankfurt (Oder) hat derzeit eine Arbeitslosenquote von etwa 15 Prozent. Für mich als linken Abgeordneten ist es selbstverständlich, engen Kontakt zu den Verbänden, Initiativen und Vereinen, engagierten Sozialträger, Verbände und Initiativen wie die Volkssolidarität oder die Frankfurter Arbeitsloseninitiative zu halten, die sich um die Probleme der betroffenen Menschen kümmern. Das stetige Gespräch und die Unterstützung von Obdachloseneinrichtungen, Tafeln, Sozialkaufhäusern und Schuldnerberatungen gehören dazu. Die Frankfurter LINKE sammelt seit mehreren Jahren auf ihrer Tagung zum Jahresende Spenden für die Frankfurter Arbeitsloseninitiative. Kurz vor dem Osterfest überreichten Sandra Seifert (Kreisvorsitzende), René Wilke (Fraktionsvorsitzender & Landtagsabgeordneter) und ich 400 € und 400 Osterhasen an die

Frankfurter Tafel. Mit solchen Spenden unterstützen wir die Arbeit der Tafel, um Familien und vor allem Kindern zu Ostern eine Freude zu bereiten.

Aufstehen gegen Rassismus



Als Redner in Beeskow

Rassismus darf gerade in der heutigen Zeit nicht toleriert werden. Deshalb freue ich mich, dass viele Bürger gegen Rassismus auf die Straße gehen. Im zurückliegenden Jahr beteiligte ich mich an zahlreichen antifaschistischen Protesten. Zum Beispiel bei den Kundgebungen am 3. Oktober und 1. November 2015 in Frankfurt (Oder) sowie am 2. April 2016 in Beeskow.

Besuch auf dem Obst- und Pferdehof Neumann



Zusammen mit René Wilke zu Gast auf dem Obst- und Pferdehof Neumann

Die Regionen Frankfurt (Oder) und der angrenzende Oderbruch sind seit Jahrhunderten durch Obst- und Gemüseanbau geprägt. Im Frühsommer des Jahres habe ich mich über die aktuelle Situation der Obst- und Gemüsebauern informiert. Seit der wechselseitigen Verhängung von Sanktionen zwischen Europäischer Union und Russischer Föderation 2014 ist sie sehr angespannt. Viele Anbauflächen wurden gerodet, da sie durch das Embargo unwirtschaftlich geworden sind. Einige Betriebe mussten aufgegeben werden, das erhöht auch die Arbeitslosigkeit in der Region.

Im Wahlkreis unterwegs

Mit den Wirtschaftssanktionen wird der Streit von der großen politischen Bühne zu Lasten der arbeitenden Menschen ausgezogen. DIE LINKE fordert die Aufhebung der Sanktionen und die Rückkehr an den Verhandlungstisch.

DIE LINKE hilft



Bei meinem letzten Besuch in der Begegnungsstätte der Fürstenwalder Volkssolidarität wurde ich darauf hingewiesen, dass dort demnächst mal wieder eine Renovierung fällig werden würde. Da das Geld für einen Maler aber nur bedingt vorhanden war, zögerten mein Wahlkreisteam und ich nicht lange und malerten gemeinsam mit dem Team von Volkmar Schöneburg bei einem mittwöchigen Subbotnik die Räumlichkeiten. Unentgeltlich versteht sich. Nur zu der sehr leckeren Pausenverpflegung, einer frisch zubereiteten Soljanika, haben wir nicht Nein gesagt.

Politik für die Oder-Region



Am 1. März hatte der Förderverein Schlaubemündung-Odertal e.V. mit Sitz in Brieskow-Finkenheerd zu einem Treffen mit Amtsdirektor Danny Busse, Andreas Gliese und Toralf Schapke eingeladen. Ich bin Mitglied im Verein. Die wirtschaftliche und touristische Entwicklung in Brandenburg wurde mit besonderem Blick auf Ost-

brandenburg und die Amtsgemeinde Brieskow-Finkenheerd erörtert. Auch der Ausbau der Wasserstraßen und die Fahrradfähre in Aurith standen auf der Tagesordnung.

Dem Osten nicht das Wasser abgraben



Mit Dagmar Püschel, Dietmar Raschmann und Heiko Schmidt von Weitblick e.V., Knut Kirschke (Geschäftsführer) am Hafen Eisenhüttenstadt

Ich mache mich für den Hafen von Eisenhüttenstadt und die Spree-Oder-Wasserstraße stark. Die 125 Jahre alte Spree-Oder-Wasserstraße ist strukturpolitisch für Ostbrandenburg und die Wirtschaftsbeziehungen nach Osteuropa von großer Bedeutung. Aber der Transport auf dem Spree-Oder-Kanal wird zunehmend schwierig, da der Kanal überaltert ist und die Schiffe größer werden. DIE LINKE fordert u. a. den Ausbau der Schleuse Fürstenwalde im Bundesverkehrswegeplan in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ zu heben. Dies ist auch ein ökologisch sinnvoller Beitrag, weil die Straßen entlastet werden.

Freifunker in Fürstenwalde

Anfang Juni hat der Deutsche Bundestag die sogenannte Störerhaftung aufge-



Mit Volkmar Schöneburg auf der Roten Bank

hoben. Also die Regelung, die besagt, dass der Inhaber eines Internetanschlusses auch dann in der rechtlichen Verantwortung steht, wenn Fremde seinen Anschluss unwissentlich für Straftaten benutzt haben. Dies zum Anlass nehmend, sind Volkmar Schöneburg und ich zu Freifunkern geworden. Das W-LAN unserer Fürstenwalder Wahlkreisbüros steht nunmehr allen, die sich im unmittelbaren Umkreis aufhalten, zur freien Verfügung. Damit sind wir zu Vorreitern geworden und hoffen, dass die Stadtverwaltung oder Unternehmen bald nachziehen, um die Netzabdeckung in Fürstenwalde zu vergrößern.

Frankfurter Brückenfest



Auf dem Frankfurter Brückenfest, u.a. mit MdEP Helmut Scholz

Altersarmut und Zwangsverrentung mit 63 werden zunehmend ein Thema. Ich führte am ersten Mai darüber Gespräche mit der IG Bau auf dem jährlichen Frankfurter Brückenfest. Die Zwangsverrentung ist ein gigantisches Rentenkürzungsprogramm. Sie bedeutet Abschläge auf die Rentenleistung in Höhe von 0,3 Prozentpunkten pro Monat und das bis zum Lebensende. Die Renten werden so auf Dauer bis zu 14,4 Prozent gekürzt. In der Folge werden viele auf den Gang zum Sozialamt geschickt, um aufzustocken. Das ist erniedrigend, menschenunwürdig und auch ökonomisch unsinnig.

1. Mai – ich bin dabei!

Der Tag der Arbeit hat für mich eine besondere Bedeutung. Er ist einer der



Am 1. Mai in Woltersdorf im Gespräch mit Siegfried Unger

Im Wahlkreis unterwegs

großen Erfolge aus der Frühzeit der Arbeiterbewegungen. Es ist mir wichtig, diese Tradition zu pflegen und den Wert der Arbeit wieder verstärkt in den Fokus der aktuellen Diskussionen zu rücken. Deshalb freut es mich umso mehr, dass die Genossinnen und Genossen in den Basisorganisationen am 1. Mai viele gut besuchte politische Feste organisieren und mich zu diesen einladen. Es ist eine gute Gelegenheit, auch einmal ohne Tagesordnung persönlich miteinander ins Gespräch zu kommen.

Geschichten aus der Loopingzeit



Lesung mit Heinz Vietze, Gerlinde Stobrawa und René Wilke

Am 22. Juni 2016 hat Heinz Vietze für meinen alten Freund und Weggefährten Frank Hammer eine Lesung aus seinem Buch „Geschichten aus der Loopingzeit“ organisiert. Ich habe mit Heinz, Gerlinde Stobrawa und Rene Wilke und anderen sehr gern aktiv teilgenommen. Für mich war es eine eindrucksvolle und gut besuchte Buchpremiere. Mit den neuen Erzählungen knüpft Frank an die „Geschichten aus der Eisenzeit“ an. Nach seinem Leben in der Deutschen Demokratischen Republik erzählt er jetzt über seine Zeit in der Bundesrepublik Deutschland aus einem sehr persönlichen, nicht immer ganz ernsten Blickwinkel. Frank wird seinen weiteren Weg nicht alleine gehen, das hat die Lesung gezeigt.

FrühLINKSempfang



Mit Marco Büchel, Uta Barkusky und Bettina Fortunato

DIE LINKE in Märkisch-Oderland hat am 5. April auf **Schloss Trebnitz** ihr Frühlingsfest gefeiert. Auch das strahlende Frühlingswetter konnte nicht über die aktuellen, bedrückenden Flüchtlingsfragen hinwegtäuschen. Keine Mauern, keine Feuer, keine Glatzen können Menschen aufhalten, die vor Bomben, Gewalt und Armut fliehen. Die Migration ist eine Folge der Kriege im Nahen Osten, sie müssen gestoppt werden. DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die sich nicht am Krieg beteiligen, hier durch einen rassistischen Mob angegriffen werden. Wir können nicht weiter vor den Problemen der Welt davonlaufen. Zumal Deutschland an vielen Ursachen eine Mitschuld trägt. Denken wir nur an Waffenexporte, militärische Auslandseinsätze und an die wirtschaftliche Ausplünderung vieler Länder. Es gibt kein fremdes Leid.

An der Parteibasis



Kreisparteitag in Oder-Spree/ Verabschiedung von Kreisschatzmeister Fritz Hrdina mit Gabi Krasert

Ein Ohr an der Basis zu haben und Probleme aufzunehmen, betrachte ich ebenfalls als einen wichtigen, wenn nicht sogar den wichtigsten Teil meiner Arbeit. Deshalb war es mir ein persönliches Bedürfnis, im Nachgang bzw. im Vorfeld der letzten Landes- bzw. Bundesparteitage an möglichst vielen Mitgliederversammlungen in den einzelnen Basisorganisationen teilzunehmen.

Gleiches gilt für die Kreisparteitage. Insbesondere, wenn neue Kreisvorstände gewählt oder verdiente Genossen wie Fritz Hrdina verabschiedet werden.

Bei der Gesamtmitgliederversammlung am 16. April im Friedrich-Wolf Theater in **Eisenhüttenstadt** wurde auf den Landesparteitag in Templin zurück- und

auf den Bundesparteitag in Magdeburg vorausgeschaut. In der lebendigen Debatte ging es um verschiedene Landes- und Bundesthemen, z.B. den Stadtumbau, die Kritik der geplanten Kreisgebiets- und Verwaltungsstrukturreform, die Altanschließerproblematik, den notwendigen Widerstand gegen TTIP und um die Bewertung der Außenpolitik des heutigen Russlands.



Mit Dr. Jörg Mernitz und Heidi Wichmann

Am 4. Februar war ich auf Einladung der BO in **Beeskow**. Dort wurde die politi-



Mit Anni Geisler und Dr. Günther Feldmann

sche Lage in der Partei vor dem Landesparteitag und der Neuwahl des Landesvorstandes in Templin diskutiert. DIE LINKE ist eine Partei im Umbruch.



In der Basisorganisation Bad Saarow am 18. März 2016 mit Gerlinde Stobrawa, Fritz Hrdina und Bernd Gertewitz

Aus der Partei

Im Ehrenamt

Parlamentarische Arbeit als Bundestagsabgeordneter und ehrenamtliches Engagement für meine Partei waren für mich schon bei meiner ersten Kandidatur für den Bundestag 2009 eine Selbstverständlichkeit. Bis 2012 war ich sieben Jahre lang der Landesvorsitzende und zugleich der Landeswahlkampfleiter



der Linken in Brandenburg. In beiden Funktionen habe ich viel für den Landesverband erreichen können. Insbesondere unsere Wahlergebnisse konnten sich sehen lassen. Sie haben 2009 dazu geführt, dass wir in Brandenburg mit



der SPD eine rot-rote Koalition bilden konnten.

Kurz nach Übergabe dieser Funktionen habe ich auf dem Göttinger Parteitag für den Parteivorstand kandidiert und wurde in diesen gewählt. Seit 2014 bin ich darüber hinaus auch in Einzelwahl gewählter Bundesschatzmeister der Partei Die Linke. 2016 wurde ich auf dem Parteitag in Magdeburg in dieser Funktion bestätigt. Die Arbeit als oberster Finanzverantwortlicher meiner Partei macht mir Spaß und ist zugleich eine große Herausforderung. Die Mitgliedschaft in einer Partei ist heute in der Bundesrepublik oft verpönt und das obwohl Parteien einen gesetzlichen Auftrag erfüllen sowie die große Mehrheit der Mitglieder nicht den geringsten persönlichen Vorteil von dieser verantwortungsvollen Mitarbeit hat. Im Gegenteil, sie zahlen häufig genug keinen geringen Mitgliedsbeitrag, um den Parteien ihre Arbeit überhaupt erst zu ermöglichen.

Der Bundesschatzmeister einer Partei hat den Auftrag, diese Zahlungen auch noch satzungsgemäß und regelmäßig einzufordern. Das ist natürlich nicht immer mit Freude verbunden, aber man lernt dabei viele engagierte Mitglieder kennen, die die Demokratie in diesem Land und die politische Willensbildung auch durch die eigene Partei, sogar mit ihrem persönlichen Geld unterstützen. Ich denke, dafür haben sie Hochachtung und keine Schmähungen verdient und darüber hinaus einen Schatzmeister, der dafür sorgt, dass dieses Geld auch ver-

antwortungsvoll eingesetzt wird. Darum bemühe ich mich gemeinsam mit vielen ehrenamtlichen und auch einigen hauptamtlichen Mitgliedern sehr. Nach 13 Jahren Mitarbeit habe ich in diesem Jahr nicht mehr für den Landesvorstand der Linken in Brandenburg kandidiert. Meine Mitarbeit ist aber trotzdem weiterhin gefragt und gesichert. Seit Ende vergangenen Jahres habe ich für den Bundestagswahlkampf 2016/2017 erneut die Aufgabe des Landeswahlkampfleiters übernommen. Mir ist klar, dass dieser Wahlkampf kein leichter sein wird. Die Herausforderungen sind andere als 2009 und 2013. Trotzdem glaube ich, mit meinen Erfahrungen einen guten Beitrag für einen Erfolg unseres Landesverbandes und für eine bessere Politik auf der Bundesebene leisten zu können.



Lothar Bisky zum 75.

Am 17. August 2016 wäre Lothar Bisky 75 Jahre alt geworden. Dazu hätten wir ihm gerne persönlich gratuliert. Aber es ist anders gekommen. Lothar ist viel zu früh, im August 2013 gestorben. Und so können wir heute nur das, was er für uns als Mensch, als Hochschuldirektor und als Genosse getan hat, würdigen und lebendig halten.

Lothar war immer ein politischer Mensch, aber er ist in all den Jahren des politischen Handelns kein »Politiker« geworden. Im Alter von 18 Jahren kam er aus Schleswig-Holstein in die DDR und hat zunächst seinen Weg in der Wissenschaft gemacht. Er hat sich in seiner Zeit als Rektor der Filmhochschule in Potsdam-Babelsberg als Fürsprecher der Studierenden gesehen und die Zensur beendet. Das hat ihm in der damaligen Parteiführung keine Freunde eingebracht. Er hat nicht an seinem Amt oder Mandat geklebt und konnte gerade durch diese innere Freiheit in seinem Handeln ein menschliches Maß behalten.

In dieses menschliche Maß war auch die Überzeugung des Rechts auf unveräußerliche Meinungsfreiheit eingewebt. Die hat er auch für sich selbst zum Leitfaden seines Handelns gemacht. Im Oktober 1989 hat er bei den damaligen Studierenden die Vertrauensfrage gestellt und sie frei und geheim über seine weitere Amtszeit abstimmen lassen. Die Studierenden haben ihm ohne Gegenstimme das Vertrauen ausgesprochen, weil er ihnen vertraut und etwas zugetraut hat.

Er sagte am 4. November in seiner Rede auf dem Alexanderplatz: „Wenn in den Filmen von Studenten Widersprüche unseres Landes gestaltet werden, auch unangenehme Tatbestände, dann ist zu berücksichtigen, nicht der Überbringer schlechter Nachrichten ist zur Verantwortung zu ziehen, sondern der Verursacher der Zustände. (...) Ich fürchte nicht die unbequemen Studenten, die auf Veränderungen von unannehmbaren Zuständen drängen, ich fürchte mehr diejenigen, die sich mit unannehmbaren Zuständen abfinden.“

Diese Überzeugung hat auch seine Zeit als Genosse, Mandatsträger und Parteivorsitzender geprägt und zu seiner großen Toleranz beigetragen. Wobei er die Zustände in Partei und Fraktion manch-



Thomas Nord mit dem Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE.Sachsen, Rico Gebhardt.

mal mehr erlitten als ertragen hat, das war die andere Seite seines Politikstils. Als Vorsitzender hat er den Pluralismus und die Meinungsvielfalt verteidigt und nicht zugelassen, dass sich undemokratische Verhaltensweisen und Überzeugungen durchsetzen.

Es kam durchaus vor, dass ich mit Lothar unterschiedlicher Auffassung war. In einem aber waren und sind wir uns immer

einig: Man darf sich mit unannehmbaren Zuständen nicht abfinden. Und zugleich muss man sich darum bemühen, nicht das menschliche Maß verlieren. Weil man sonst seine eigene Menschlichkeit verliert. Lothar war und bleibt für mich in diesem Ringen eine Orientierung.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag Lothar und vielen Dank.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: MdB Thomas Nord, Platz der Republik 1, 11011 Berlin